



Der lange Weg bis zur Hilfe

Erwerbsersatz Bei der Ausgleichskasse der Gastrobranche stapeln sich die Anträge auf Erwerbsersatzgelder.

Die Gastrobranche fordert mehr Tempo bei der Auszahlung der Härtefallgelder. 98 Prozent der Betriebe würden dringend finanzielle Hilfen benötigen, sagte am Mittwoch Gastro-Suisse-Präsident Casimir Platzer vor den Medien, nachdem der Bundesrat beschlossen hatte, die Schliessung der Beizen bis Ende Februar zu verlängern. Doch das ist nicht das einzige Problem der Branche.

Auch beim Corona-Erwerbsersatz werden die Gelder nur schleppend ausbezahlt. Der «Blick» porträtierte eine Wirtin aus Basel, die wegen ausstehender Sozialbeiträge von der Ausgleichskasse der Gastrobranche betrieben wurde, obwohl diese ihr noch Erwerbsersatz schuldete.

Der Erwerbsersatz wird für Selbstständigerwerbende und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung sowie deren Ehepartner ausbezahlt. Auch Absenzen bei Quarantäne oder zur Kinderbetreuung werden so finanziert. Die Ausgleichskasse der Branche bestätigt, dass die Auszahlung der Erwerbsersatzgelder viel mehr Zeit beanspruche als noch bei der ersten Welle im April.

Prüfung dauert acht Wochen

«Damals konnten wir die Anträge innert Monatsfrist verarbeiten», sagt Bettina Pfiffner von der Ausgleichskasse Gastrosocial, «jetzt ist die Dauer zwischen Antrag und Auszahlung auf bis zu acht Wochen angestiegen.» Grund seien die sehr kompliziert gestaltete Regelung bei Umsatzeinbussen und die grosse Zahl der Anträge. Im Frühjahr gab es nur vollständige Betriebsschliessungen.

Im Kanton Genf galten allein im Dezember drei verschiedene Regelungen. Anfang Monat waren die Restaurants geschlossen,

dann wurden sie am 10. Dezember wieder geöffnet, bevor sie am 22. Dezember wieder geschlossen wurden. Die Ausgleichskasse habe sofort reagiert und Pensen von Mitarbeitenden aufgestockt oder Unterstützung von anderen Abteilungen und anderen Ausgleichskassen hinzugezogen. Zudem wurden temporäre Angestellte engagiert. Gastrosocial hat seit November 11'500 Anmeldungen erhalten, was 20'000 zu prüfende Anträge bedeutet. Davon sei die Hälfte verarbeitet worden.

Zum konkreten Fall der Basler Wirtin, die betrieben wurde, obwohl sie noch Geld zugute hat, will Gastrosocial keine Stellung nehmen. «Wir weisen die Kunden aber immer darauf hin, sich bei Zahlungsproblemen rechtzeitig zu melden, damit wir eine Lösung finden können», sagt Pfiffner. Leider gebe es immer wieder Betriebe, die sich erst nach einer Betriebseinleitung melden und vorher Rechnungen und Mahnungen nicht beachten würden.

Am Montag hat sich Gastrosocial an den Bundesrat gewandt und Vorschläge unterbreitet, darunter den Aufschub der Verzugszinsen. Erst ab nächstem Juli würden wieder Mahnungen ausgestellt. Zudem sollten alle Betriebe ab dem 1. Dezember Betriebsschliessungen abrechnen können. «So könnten wir sehr unbürokratisch und schnell die nötige Hilfe leisten», sagt Pfiffner.

Dominik Feusi